

Bisexuelle Wahlprüfsteine
(von BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.)
Landtagswahlen Baden-Württemberg: 14. März 2021

DIE LINKE.
BADEN - W Ü R T T E M B E R G

In Deutschland sortieren sich 21% selbst im bisexuellen Spektrum ein (bei jungen Menschen sogar 39%): <http://www.bine.net/sites/default/files/bijou31yougov.pdf>.

Bisexuelle sind also eine ernstzunehmende Wähler_innenschaft.

Bitte antworten Sie daher bis zum 26.02.2021. Wenn nicht überall eine Antwort möglich ist, nehmen wir auch nur einen Teil an.

Vielen Dank für Ihre Mühe und viel Erfolg bei der Wahl!

Bisexuelle Wahlprüfsteine

Frage 1:

Bisexuelle outen sich deutlich später oder gar nicht als andere

(http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Umfragen/20170719_Umfrageergebnisse_Out_im_Office.html), dabei trägt ein Coming-out deutlich zur Zufriedenheit bei (<https://bisexual.org/study-shows-benefits-of-coming-out-bi/>).

In Deutschland gibt es kaum geoutete bisexuelle Politiker_innen, im Bundestag niemanden.

Dagegen sieht es in den USA, aber auch anderen europäischen Staaten ganz anders aus

(https://en.wikipedia.org/wiki/Kyrsten_Sinema,

https://en.wikipedia.org/wiki/Kate_Brown,

https://en.wikipedia.org/wiki/Krista_van_Velzen,

https://en.wikipedia.org/wiki/Tommy_Ahlers).

a) Wie wollen Sie Coming-outs unterstützen – von Vorbildern (Politiker_innen, Lehrer_innen)?

Indem wir konsequent für eine Gesellschaft arbeiten, zu deren zentralen Werten Solidarität, Respekt und Akzeptanz von Vielfalt gehören. Hierzu zählt natürlich auch die Vielfalt von Geschlechtern und sexuellen Orientierungen. Nur wenn sich jede*r angstfrei entfalten kann, ist dieses Ziel erreicht. Aus diesem Grund setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass sexuelle Orientierung unter den Schutz des Grundgesetzes gestellt wird. Um Lehrer*innen, Schüler*innen und Beschäftigte im baden-württembergischen Schulbetrieb zu stärken, fordern wir, die Leitperspektive „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ konsequent umzusetzen und die notwendigen personellen sowie materiellen Ressourcen dafür zur Verfügung zu stellen. Doch Aufklärungskampagnen dürfen sich nicht auf den schulischen Bereich beschränken, sondern müssen in alle gesellschaftlichen Bereiche hinein wirken. Um Menschen in jeder Lebenslage in ihrem Coming-Out zu unterstützen, müssen zudem flächendeckend Möglichkeiten zur Information, Beratung, Begleitung und zum Schutz geboten werden.

b) Sind Ihnen geoutete bisexuelle Politiker_innen in Ihrer Partei bekannt?

Ja. In unserer Partei wird menschliche Vielfalt (so auch die von Geschlecht und sexueller Orientierung) gewertschätzt und ist Gegenstand unseres politischen Denken und Handelns.

Frage 2:

Auch Teenager, die sich als bisexuell identifizieren, sind deutlich seltener geoutet, dafür haben sie noch stärker als homosexuelle Gleichaltrige mit Mobbing, Selbstmordgedanken und Drogenmissbrauch zu kämpfen (<http://www.hrc.org/youth-report/supporting-and-caring-for-our-bisexual-youth>).

Dabei ist die Gruppe von jungen Menschen, die sich nicht als 100% heterosexuell oder 100% homosexuell einstuft, keine Minderheit (39%, <http://www.bine.net/sites/default/files/bijou31yougov.pdf>).

a) Wie wollen Sie Coming-outs von bisexuellen Jugendlichen unterstützen und sich gegen Diskriminierung bisexueller Jugendlicher einsetzen?

Vgl. 1.a. Darüber hinaus sollen außerschulische Projekte zum respektvollen Umgang mit Vielfalt empoweren. Beratungsangebote außerhalb des schulischen Kontextes müssen offensiv beworben und niedrigschwellig erreichbar sein, Online-Beratungen und Rund-um-die-Uhr-Notfall-Telefone müssen lokale Angebote ergänzen. Hierbei ist darauf zu achten, dass bisher unterrepräsentierte Gruppen (wie Bisexuelle, Asexuelle, Menschen mit nicht-binärem Geschlechtern etc.) wahrgenommen werden und spezifische Unterstützung erhalten. Ein „Mitmeinen“ oder Vereinnahmen durch andere Gruppen soll vermieden werden, um eine effektive Unterstützung gewährleisten zu können.

b) Wie hoch werden die Mittel sein, die dazu zur Verfügung stehen werden?

Es sollen die Mittel zur Verfügung gestellt werden, die die Erreichung der vorgenannten Ziele bedarfsgerecht gewährleisten. Hierbei sollen den in der Beratung und Begleitung Tätigen (zum Beispiel Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen, Pädagog*innen, Therapeut*innen etc.) sozial absichernde Beschäftigungsverhältnisse ermöglicht werden, das heißt: unbefristete Arbeitsverträge mit einem auskömmlichen, den Lebensunterhalt und gegen Altersarmut absichernden Lohn.

Frage 3:

Laut einer Umfrage wünschen sich 86% der deutschen Bisexuellen mehr Aufklärung über Bisexualität in der Schule (vgl. http://www.bine.net/sites/default/files/umfrage_6_bi-bewegung.pdf). Arbeitsblätter und Hilfestellungen gibt es auf <http://www.bine.net/schule>. In der Schulpraxis wird Bisexualität bislang fast komplett verschwiegen.

In Baden-Württemberg gibt es seit 2015 den „Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte Baden-Württemberg“

(https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Downloads_Offenheit_und_Akzeptanz/Aktionsplan_Akzeptanz_2015.pdf).

Wie wollen Sie sicherstellen, dass Schüler_innen konkret über Bisexualität aufgeklärt werden?

DIE LINKE hätte es begrüßt, wenn die jetzige Landesregierung, vor allem das Kultusministerium, überhaupt einmal ernsthafte Schritte zur Umsetzung der Leitperspektive unternommen hätte. Die Herausgabe eines entsprechenden Leitfadens hat viel zu lange gedauert und kam für viele Schüler*innen und Lehrer*innen viel zu spät. Offenbar wollte das Kultusministerium – nachdem es aus der Opposition und von Verbänden harsche Kritik gab – so kurz vor der Wahl nicht ganz mit leeren Händen dastehen.

Zur Umsetzung der Leitperspektive gehört selbstverständlich auch die regelmäßige Überprüfung ihrer Wirksamkeit und die Bereitschaft zur Anpassung der einzelnen Maßnahmen. Würde eine solche Evaluation ernsthaft durchgeführt, würde auch schnell deutlich werden, wenn einzelne Gruppen wie zum Beispiel die der Bisexuellen keine oder nur eine unzureichende Verbesserung ihrer Lage erlebten.

Frage 4:

Es gibt in Deutschland Gruppierungen wie „Besorgte Eltern“, die sich gegen Sexualaufklärung aussprechen (<http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/besorgte-eltern-und-ihr-seltsamer-protest-gegen-sexualkundeunterricht-a-1017578.html>). Leider finden sie und andere LSBTI*-feindliche Akteur_innen auch bei Politiker_innen in Baden-Württemberg Gehör (http://www.queer.de/detail.php?article_id=24787).

Dabei gefährdet eine Abschaffung oder starke Einschränkung von Kindern stärkender Sexualaufklärung nicht nur LSBTI*-Jugendliche, sondern alle Jugendliche und öffnet Tür und Tor für sexuellen Missbrauch. Denn Jugendliche, die unwissend und nicht selbstbewusst sind, können sich gar nicht gegen sexuellen Missbrauch wehren und wissen auch nicht, dass sie sich an Vertrauenspersonen wenden können, die ihnen im Fall der Fälle helfen können.

Wie schützen Sie unsere Kinder und Jugendlichen vor rückwärtsgewandten und gefährlichen Kräften wie den „Besorgten Eltern“ oder der „Demo für alle“?

Altersgerechte Aufklärung über Geschlecht und sexuelle Orientierung muss verpflichtend stattfinden. Genauso wichtig ist allerdings eine politische und ethische Bildung, die umfänglich über die Gefahren und Mechanismen des Faschismus und des religiösen Extremismus aufklärt. Diese Aufklärung sollte durch entsprechende Programme für Eltern ergänzt werden, um auch diese entsprechend zu stärken.

Frage 5:

Mangelnde Sichtbarkeit ist für bisexuelle Menschen ein zentrales Thema (http://www.queer.de/detail.php?article_id=20138).

In Schleswig-Holstein gab es im Rahmen von „Echte Vielfalt“ eine Initiative zu sexueller Sichtbarkeit:

https://schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/VIII/Presse/PI/PI_Archiv/2018/180921_VIII_Bisexuelle_Vielfalt.html, https://www.queer.de/detail.php?article_id=29720.

Dieses Jahr ist ein Bi+Pride in Hamburg mit Bi-Flaggen-Hissung, Workshop und Demonstration für bisexuelle Sichtbarkeit geplant (www.bipride.de).

a) Welche vergleichbare Aktion können Sie sich für Baden-Württemberg vorstellen? Wie soll es umgesetzt werden?

Zusätzlich zu den CSDs haben in den vergangenen Jahren in Baden-Württemberg verschiedene andere queere Gruppen eigene Akzente gesetzt, wie zum Beispiel die Aktionen der Trans*-Gruppen (Trans*Pride in Stuttgart, TDoR etc.). Demonstrationen, Workshops, Infostände, Kultur- und Infoprogramme für Bisexuelle Sichtbarkeit sind denkbar und möglich. Hierfür können bisexuelle Gruppen öffentliche Mittel aus unterschiedlichen Ressourcen beantragen, auch Förderungen aus Landesmitteln sollten möglich sein. DIE LINKE wird diese Anträge - wo möglich - unterstützen.

b) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bi-Flagge an einem Rathaus oder einem Ministerium gehisst wird? Welches?

Ja. Die Möglichkeiten sind schier unbegrenzt. So viele Ministerien, so viele Rathäuser hierzulande ... !

c) Werden Sie in Ihren Veröffentlichungen und Reden über LSBTI* auch Bisexuelle mit nennen?

Ja. Das tun wir bereits, vgl. z. B. unser Wahlprogramm ... das „B“ ist fester Bestandteil unserer Queerpolitik.

Frage 6:

In Australien hat eine Senatorin eine Rede zum Tag der Bisexualität (23.9.) gehalten (<https://www.bicommunitynews.co.uk/7285/australian-senator-speaks-about-bi-week/>), aber auch im Hamburger Rathaus gab es schon Veranstaltungen zum Thema Bisexualität (<https://www.facebook.com/BiFriendsHH/posts/480295929021789>).

2020 war das Jubiläum „50 Jahre CSD weltweit“ (1969 war Stonewall, aber 1970 der erste CSD), und der erste CSD wurde von der „Mother Of Pride“ Brenda Howard, einer bisexueller Aktivistin, organisiert (https://en.wikipedia.org/wiki/Brenda_Howard).

Werden Sie 2021 eine Rede und/oder einen Antrag zum Thema Bisexualität in den Landtag einbringen?

Wenn DIE LINKE in den Baden-Württembergischen Landtag einzieht, ist das sicherlich wünschenswert.

Frage 7:

Die Forschung hinkt beim Thema Bisexualität hinterher.

https://www.focus.de/gesundheit/ratgeber/sexualitaet/tid-17693/bisexualitaet-wenig-forschung-um-ein-minderheitenphaenomen_aid_492784.html

Die Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre ist in Artikel 5 des Grundgesetzes verankert.

a) Welche Möglichkeiten, die Forschung zum Thema Bisexualität anzukurbeln, sehen Sie dennoch?

Zum Beispiel die Finanzierung von Forschungsstipendien- und Programmen aus Landesmitteln.

b) Inwiefern sorgen Sie für die Verbreitung und Berücksichtigung der Ergebnisse in Ihrer politischen Arbeit?

Indem wir uns in unserer politischen Arbeit an aktuellen Forschungsergebnissen orientieren und ggf. auf sie verweisen.

Frage 8:

Auch in der Politik äußern sich Politiker_innen LSBTI*-feindlich

- <https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-10/guenther-oettinger-chinesen-homo-ehe>,
- <https://www.tagesspiegel.de/politik/die-afd-und-ihre-provokationen-judenhass-homophobie-islamkritik/13690892.html>

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass menschenrechtsfeindliche Äußerungen auch für Politiker_innen deutlichere Konsequenzen haben?

Was justiziabel ist, sollte geahndet werden. Was menschenfeindlich daherkommt, aber durch das hohe Gut der Meinungsfreiheit gedeckt ist, muss öffentlich kritisiert oder auch geächtet werden. Hier ist öffentlicher und politischer Druck aufzubauen. Wo Politiker*innen, die sich menschenfeindlich äußern, nicht zu Einsicht und Entschuldigung zu bewegen sind, sollte auf die Abwahl bzw. Entlassung aus dem Amt hingewirkt werden. Menschenfeindlichkeit darf nicht toleriert werden.

Frage 9:

Gewalt ist immer zu verachten, aber Hasskriminalität ist eine besonders zu verachtende Straftat.

<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/hasskriminalitaet-gegen-lesben-schwule-und-transgender-300-faelle-im-jahr-2017-a-1193096.html>

Wie wollen Sie bisexuelle Mitmenschen besser vor Hassgewalt schützen?

Auch hier können in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens hineinwirkende Aufklärungsprogramme einen wichtigen Baustein darstellen, ergänzt durch Streetworking und Gewaltpräventionsprogramme in gefährlichen Hotspots. Einhergehen müssen diese Maßnahmen mit einer systematischen und differenzierten Erfassung und Dokumentation von Hasskriminalität, durch die auch die Betroffenheit von bisexuellen Menschen in ihren Ursachen beschrieben und bekämpft werden kann. Darüber hinaus möchten wir als LINKE die Sensibilisierung aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes und in landeseigenen Betrieben erreichen. Dies gilt insbesondere auch für Einrichtungen der Polizei, der Justiz und

im Gesundheitswesen. Es ist nicht zu tolerieren, dass Menschen, die Hassgewalt aufgrund ihrer Sexualität und/oder ihres Geschlechts erfahren haben, nach der Tat auf den Polizeidienststellen, im Justizapparat oder in den Krankenhäusern ein weiteres Mal traumatisiert werden. Programme, wie zum Beispiel die Kampagne „Zeig sie an“ von VelsPol e. V. und Projekt 100 % MENSCH, sind zu unterstützen, zu verstetigen, weiterzuentwickeln und durch weitere Kampagnen und Programme zu ergänzen.

Frage 10:

Beim Blutspenden werden bisexuelle Männer genauso wie homosexuelle Männer nach wie vor diskriminiert. Dabei ist die sexuelle Orientierung als Kriterium nicht nachvollziehbar.

Monogame und zuverlässig Safer Sex-Praktizierende stellen kein höheres Risiko dar. Andere Länder sind hier schon weiter.

- https://www.queer.de/detail.php?article_id=31824

Bisexuelle Wahlprüfsteine (von BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.)

Wie ist Ihre Haltung zur Verbesserung der Blutspenderegulungen für Männer, die mit Männern Sex haben?

Die Richtlinie zur Hämotherapie ist in ihrer jetzigen Form diskriminierend, da sie Männern*, die mit Männern* Sex haben, pauschal sexuelles Risikoverhalten unterstellt und transsexuelle Personen pauschal in die Nähe von Sexarbeit rückt. Die Tatsache, dass auch monogam lebende homo- und bisexuelle Männer* von der Blutspende ausgeschlossen sind, zeigt, dass die Hämotherapie-Richtlinie ihren Zweck, das Infektionsrisiko mit sexuell übertragbaren Krankheiten zu verringern, verfehlt. Nicht nur in Pandemie-Zeiten, in denen dringend Blutspenden benötigt werden, ist es ein Unding, queere Menschen aufgrund rückständiger Vorurteile abzuweisen. Das Land Baden-Württemberg muss sich im Bundesrat für eine Streichung der diskriminierenden Passagen einsetzen!

Frage 11:

Das Transsexuellengesetz betrifft natürlich auch manche Bisexuellen. Doch der Reformvorschlag trifft bei Betroffenen ähnlich wie bei der viel zu späten rechtlichen Umsetzung des dritten Geschlechts auf viel Kritik. Außerdem wurden Trans*-Menschen und Fachverbände nur im Nachhinein unter einer absurden Frist von 48 Stunden zum Reagieren eingebunden (<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/neues-transsexuellengesetz-das-geschlecht-bleibt-fremdbestimmt/24335498.html>).

a) Was tun Sie dafür, damit Rechte von Trans*-Menschen berücksichtigt werden?

Wir setzen uns für die Abschaffung des Transsexuellengesetzes ein zugunsten eines einfachen Verfahrens zur Personenstands- und Namensänderung ohne Zwangsbegutachtung und Therapiezwang. Es gilt die Selbstaussage der Betroffenen. Alle gewünschten medizinischen und kosmetischen Maßnahmen sollen vollumfänglich von den Krankenkassen übernommen werden. Darüber hinaus fordern wir eine Aufarbeitung fremdbestimmter Operationen an trans*- und inter*geschlechtlichen Menschen und deren Entschädigung.

b) Was tun Sie dafür, dass Menschenrechte nicht Spielbälle der Politik bleiben, sondern selbstverständlich und möglichst weitgehend ausgelegt werden, statt begrenzt?

Der umfassende Schutz der Menschenrechte ist Grundkonsens der Partei DIE LINKE und für uns keine Verhandlungsmasse. Bonustrack queer: Wir setzen uns für die Erweiterung des Grundgesetzes / Art. 3 um den Schutz der sexuellen Orientierung ein (s. o.) und kämpfen gegen Queerfeind*innen jeglicher Couleur, z. B. Demo für Alle, Besorgte Eltern, AfD und Co.

Frage 12:

Auch heute noch werden intersexuelle Kinder ohne medizinischen Grund operiert – eine Praxis, die beschönigend als „geschlechtsangleichende Operation“ bezeichnet wird, in der Realität für die Betroffenen aber eine Genitalverstümmelung mit oft schwerwiegenden lebenslangen Folgen darstellt:

<https://www.planet-wissen.de/gesellschaft/sexualitaet/intersexualitaet/intersexualitaet-operationen-100.html>

Wie wollen Sie diese Kinder in Zukunft schützen?

Medizinisch nicht zwingend notwendige genitalverändernde Eingriffe an Kindern, Jugendlichen und nicht zustimmungsfähigen Menschen müssen ausnahmslos verboten werden. Mit diesem Verbot einhergehend müssen entsprechende Aufklärungskampagnen für Personal im Gesundheitswesen und Eltern, aber auch Schulaufklärung über geschlechtliche und körperliche Vielfalt.

Frage 13:

Erkämpfte LSBTI*-Menschenrechte können auch wieder eingeschränkt werden. Ein sinnvoller rechtlicher Schutz ist die Eintragung im Grundgesetz, Artikel 3 (<https://www.lsvd.de/politik/artikel-3-grundgesetz.html>). Und obwohl sich alle Expert*innen dafür aussprechen (<https://www.bundestag.de/presse/hib/682392-682392>), plant die Bundesregierung aktuell keine Erweiterung (https://www.queer.de/detail.php?article_id=37762).

a) Werden Sie sich für die Aufnahme der sexuellen Identität in Artikel 3 einsetzen und dafür stimmen?

Ja.

b) Wie stehen Sie dazu, dass hierbei der sehr eindeutige Rat der Expert*innen von der Politik nicht umgesetzt wird?

DIE LINKE wird ihren Teil dazu beitragen, dass im Bundestag die notwendige Mehrheit für eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes zustande kommt. Wo andere Parteien (oder Teile davon) noch von dieser Änderung überzeugt werden müssen, werden wir mit Kraft und Ausdauer Überzeugungsarbeit leisten, bis dieses Ziel erreicht ist. Leider konnte schon bei der Einführung der „Ehe für Alle“ und der Entschädigung der vom § 175-Betroffenen beobachtet

werden, dass die sogenannte „Große Koalition“ trotz überragender Mehrheit im Bundestag entscheidende Abstimmungen über queere Belange immer wieder verschleppt. Ähnlich verhält es sich bei der Reform, bzw. Abschaffung des Transsexuellengesetzes. DIE LINKE hält den Druck auf die Bundesregierung und die anderen Parteien im Bundestag- und Bundesrat aufrecht.

Zum Schluss noch drei Fragen, die über das Thema Bisexualität hinausgehen:

Frage 14:

Immer wieder reden die Parteien davon, dass die AfD keine demokratische Partei sei. Nun werden auch immer mehr Landesverbände dieser Partei vom Verfassungsschutz beobachtet. Dennoch scheinen alle Parteien der AfD bislang alles durchgehen zu lassen – von zutiefst menschenrechtsfeindlichen Äußerungen (vgl. <https://taz.de/Urteil-zur-Wochenzeitung-Kontext/!5573132/>) bis hin zu AfD-Denunziationsplattformen zu Lehrer_innen (vgl. <https://www.gew.de/schule/fragen-und-antworten-zu-den-denunziationsplattformen-der-afd/>).

Auch gegen die Corona-Leugner*innen wird fast nichts unternommen: Sturm auf den Reichstag und späte Ermittlung gegen Hildmann (<https://taz.de/Coronaleugner-im-Bundestag/!5729871/>, https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_88969648/attila-hildmann-staatsanwaltschaft-berlin-ermittelt-gegen-corona-leugner.html). Die Querdenken 711-Initiative kommt dabei aus Ihrem Bundesland.

a) Was werden Sie konkret gegen die menschenrechtlichen Aktionen der AfD unternehmen?

DIE LINKE bekämpft den Faschismus, seine Akteur*innen, seine Unterstützer*innen und seine Verharmloser*innen innerhalb und außerhalb der Parlamente. Keinen Fußbreit werden wir vor der Menschenfeindlichkeit und dem Hass zurückweichen. Welches Mittel jeweils geboten ist, hängt von dem konkreten Vorgang ab.

Wir prangern darüber hinaus an, dass besonders in diesen Zeiten antifaschistische Bündnisse wie dem VVN die Gemeinnützigkeit aberkannt wurde. Die Verfehlungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz (NSU, Maaßen) im Bereich rechter Gefährdung ist zu groß. Daher fordert Die LINKE eine Abschaffung des Verfassungsschutzes, bzw. seine Umwandlung zu einer wissenschaftlich und transparent arbeitenden Dokumentations- und Analysestelle.

b) Was werden Sie gegen die Corona-Leugner*innen, die andere gefährden, unternehmen?

Auch hier ist zu differenzieren, worum es genau geht. Desinformation ist zu widersprechen und fundierte Information entgegenzuhalten. Wer andere vorsätzlich gefährdet und/oder ihnen schadet, muss damit rechnen, dafür juristisch belangt zu werden.

Frage 15:

Vor allem Minderheiten wie LSBTI* – und damit auch Bisexuelle – haben ihr soziales Umfeld aufgrund von Diskriminierungs-erfahrungen oft nicht in der Herkunftsfamilie, sondern

mussten andere Wege für ein stabiles und unterstützendes soziales Umfeld schaffen. Dieses findet oft nicht im häuslichen Umfeld, sondern in den Räumen von entsprechenden Initiativen oder Szene-Lokalen statt, die durch die bisherigen Corona-Maßnahmen besonders stark betroffen sind. Für das Ziel einer baldigen Öffnung solcher Räume kann die Corona-Impfung ein wichtiger Baustein sein. Dennoch geht es bei der Impfung nicht so schnell voran, wie es notwendig wäre - und andere Staaten dieser Welt zeigen, dass dies möglich wäre.

a) Warum werden Ihrer Meinung nach die Lizenzen nicht abgekauft und/oder mehr Fabriken für die entsprechenden Impfstoff-Firmen gebaut, so dass viel schneller Impfstoffe für alle weltweit produziert werden?

Das müssten Sie bitte die derzeitige Bundesregierung fragen.

Wir sind der Meinung, dass zur Bekämpfung einer Pandemie eine globale Impfstrategie entwickelt werden muss, die auch ärmere Länder berücksichtigt. Nur so lassen sich auch Mutationen des Virus effektiv aufhalten.

Wir sind für die Freigabe der Impfstoff-Patente, damit sie nicht Profitinteressen, sondern dem Gemeinwohl (in diesem Fall der Gesundheit) dienen können. Die Erforschung neuer Impfstoffe beruht auf Grundlagenforschung, die zum größten Teil durch öffentliche Gelder finanziert worden ist. Auch werden von der derzeitigen Bundesregierung nicht alle Möglichkeiten genutzt, die Produktion der Impfstoffe mit Hochdruck voranzutreiben, zum Beispiel durch die Verpflichtung von Firmen zur Produktion.

Die LINKE fordert daher die Patente für Impfstoffe freizugeben.

b) Was tun Sie dafür, dass das Impfen in den nächsten Monaten in Baden-Württemberg gut verläuft?

Hier sind Möglichkeiten der Partei DIE LINKE auf Landesebene im Moment noch sehr eingeschränkt, denn wir sind noch nicht im Landtag vertreten. Da können wir nur von außen agieren, indem wir in der Öffentlichkeit den Prozess kritisch begleiten. Auf kommunaler Ebene begleiten unsere Vertreter:innen in den Städten in den Organen der kommunalen Selbstverwaltung die Arbeit der Verwaltungen, sie kritisieren da wo es nötig ist und unterstützen da wo sie können. Innerparteilich versuchen wir eventuell vorhandene Ängste zu begegnen und unsere Mitglieder aufzuklären, in dem Umfang wie es uns möglich ist. Gerade unsere Mitglieder aus dem Gesundheitswesen sind hier im Moment eine unverzichtbare Stütze.

Frage 16:

Der Klimawandel ist wissenschaftlicher Konsens (<https://www.klimafakten.de/behauptungen/behauptung-es-gibt-noch-keinen-wissenschaftlichen-konsens-zum-klimawandel>). Und dennoch gibt es Parteien die dies ignorieren oder gar bestreiten. Insgesamt gibt es keine ausreichenden Schritte. Und die Bewegung „Fridays for future“ wird von vielen Politiker_innen belächelt, die Jugend nicht ernstgenommen. Auch viele LSBTI*-Jugendliche sehen hier ihre eigene Zukunft gefährdet.

a) Warum wird der Rat von Klimaforschenden immer noch nicht hinreichend ernstgenommen?

Die klimapolitische Bilanz Baden-Württembergs ist nicht einmal ansatzweise ausreichend, um den Pariser Klimazielen und der Begrenzung der globalen Erderwärmung auf 1,5 Grad Rechnung zu tragen. Im Verkehrssektor steigen die Emissionen sogar kontinuierlich an. Der klimazerstörerische Straßen- und Siedlungsbau boomt und versiegelt immer mehr fruchtbare Böden. Bei der Energiewende hinkt Baden-Württemberg anderen Bundesländern hinterher. Das Artensterben setzt sich unvermindert fort. Ohne eine entschlossene sozial-ökologische Transformation ist der Übergang in die globale Klimakatastrophe gesichert. Baden-Württemberg ist bereits heute vom Klimawandel besonders hart betroffen: Starkregen, Hagel, Hochwasser, sommerliche Dürre, Hitzestress in den Städten, das Waldsterben: Allorts lassen sich die Folgen der Klimakrise in ihrem Anfangsstadium bereits ablesen. Eine klimagerechte Zukunft setzt voraus, dass der ökologische Rucksack der heutigen Produktions- und Lebensweise radikal abgeschmolzen wird. Das kollidiert unweigerlich mit den Interessen großer Konzerne, wie der hiesigen Automobilindustrie, der Bau- und Energiewirtschaft. DIE LINKE wägt im Gegensatz zu anderen Parteien den Erhalt unserer Lebensgrundlagen nicht gegen die Renditeinteressen von Aktionären ab. Wir streiten an der Seite der vielen Bürgerinitiativen und Umweltverbände für eine echte Mobilitätswende, das Ende fossiler Energieerzeugung, eine ökologische Land- und Forstwirtschaft, und eine sozial-ökologische Transformation unserer Städte. DIE LINKE will bis 2035 alle Lebensbereiche vollständig dekarbonisieren und den Pfad in eine klimapositive Entwicklung ebnen.

b) Was tun Sie dafür, dass die Erderwärmung wirklich auf 1,5 Grad begrenzt wird?

Baden-Württemberg wird mit uns LINKEN ein wirksames Klimaschutzgesetz erhalten, das insbesondere die Kommunen verpflichtet, Umsetzungsstrategien hin zur Klimaneutralität bis 2035 in allen Sektoren aufzusetzen. Den Straßenneu- und Ausbau wollen wir beenden, und die Steuermittel stattdessen in den Umweltverbund lenken, damit der Übergang vom Autoland zur neuen Mobilitätskultur gelingt. Denn eine klimaneutrale Mobilität beginnt mit verkehrsvermeidender Planung, fahrrad- und fußgängerfreundlicher Stadttransformation und dem Ausbau der Schiene. Unser Ziel: Bis 2035 sollen 90 % aller innerörtlichen Wege im Umweltverbund zurückgelegt werden und nicht länger im Auto. Damit der ländliche Raum nicht abgehängt wird, wollen wir den ÖPNV zur gesetzlichen Pflichtaufgabe machen und damit Takt und Erschließung deutlich verbessern. Ergänzen wollen wir den Linienverkehr durch innovative Ridepooling-Dienste und digitalisierte Sharing-Systeme. Alle Services rund um nachhaltige Mobilität sollen komfortabel und kundenfreundlich aus einer landesweiten Mobilitäts-App buchbar sein. Wichtig ist uns LINKEN, dass Mobilität für alle leistbar ist. Deshalb muss es überall Sozialtarife geben und perspektivisch einen Nulltarif. Im Bausektor setzen wir auf eine konsequente Solarpflicht für alle Gebäude und auf die Nutzung von Holz/Holzverbundstoffen statt klimaschädlichem Beton, damit künftig nur noch Aktivhäuser entstehen, die mehr Energie erzeugen als sie benötigen, und mehr CO₂ binden, als ihre Errichtung freisetzt. Die energetische Sanierung von Gebäuden muss intensiviert werden, aber sozialverträglich erfolgen, damit Warmmieten stabil bleiben. Wir wollen vollständig aus klimaschädlichen Prozessen aussteigen und nachhaltige Stoffkreisläufe gesetzlich vorgeben. Kompakte Siedlungsstrukturen und produktive Quartiere sind unser Ziel, damit vor Ort das Wohnen, Arbeiten, die Versorgung und Freizeitgestaltung integriert geplant

werden. Das Bauen auf fruchtbaren Böden und klimasensiblen Flächen muss untersagt werden: unser Ziel ist der Nullflächenverbrauch. Im besonders klimaschädlichen Energiesektor setzen wir auf einen Kohleausstiegsplan bis 2030. Den fossilen Energieträger Erdgas wollen wir bis 2035 ersetzen. Die fossile Energiesparte des landeseigenen Konzerns EnBW soll ausgelagert und schrittweise sozialverträglich abgewickelt werden. Fossile Energieanlagentechnik soll bereits heute nicht mehr verbaut werden. Das Design unserer Industrieprodukte soll auf Langlebigkeit und Reparierbarkeit ausgelegt sein. Alles was wir produzieren, muss Teil einer Kreislaufwirtschaft werden, in der Wertstoffe zirkulieren und nicht länger Müllberge entstehen.

There is no pride on a dead planet.

Frage 17:

Was möchten Sie noch ergänzen?

Der queerpolitische Handlungsbedarf ist weiterhin groß, und zwar auf allen Ebenen, insofern wird das oben Skizzierte in den kommenden Wochen, vor allem mit Blick auf den im Herbst neu zu wählenden Bundestag und Handlungsbedarf auf bundespolitischer Eben, noch einmal deutlich ergänzt werden. Weitere Themen sind zum Beispiel der Schutz queerer Menschen in der Arbeitswelt (Beseitigung der Gender-Pay-Gap, von der auch queere Menschen betroffen sind, Abschaffung der Ausnahmeregelungen für Religionsgemeinschaften im Allgemeinen Antidiskriminierungsgesetz und im Betriebsverfassungsgesetz), die Diskriminierung queerer Menschen am Wohnungsmarkt usw.

Unser Landtagswahlprogramm:

<https://www.die-linke-bw.de/landtagswahl-2021/landtagswahlprogramm/>